

## WORKSHOP „OSTEUROPA-KONSTRUKTIONEN“

Die aktuelle Debatte um die Zukunft des Faches Osteuropäische Geschichte ist in großen Teilen durch eine hochschulpolitische, weniger jedoch durch eine fachwissenschaftliche Fragerichtung bestimmt. Mit einem Workshop unter dem Titel „Osteuropa-Konstruktionen. Politik-, sozial- und kulturgeschichtliche Zugänge zu einem historischen Raum“, der am 3. Dezember 1999 in den Räumen des Zentrums für Vergleichende Geschichte Europas (ZVGE) an der FU in Berlin stattfand, wollte die vor allem von jüngeren Kolleginnen und Kollegen getragene Mittelbau-Initiative Berliner Osteuropahistoriker fachimmanente Fragen den Vorrang vor hochschulpolitischen geben. Der über das h-net H-Soz-Kult versandten Einladung folgten fast 50 Interessierte; die Organisation lag bei Philipp Ther vom ZVGE und Tatjana Tönsmeier von der Humboldt-Universität.

Einen Gedanken Borislav Geremeks führte Jens Boysen (Brügge) im Auftaktvortrag über die Osterweiterung Europas um die Jahre 1000 und 2000 aus und formulierte die damit verbundenen heilsgeschichtlichen Erwartungen und politischen Peripherieprobleme. In einem als Dialog gestalteten zweiten Beitrag näherten sich Tatjana Tönsmeier (Berlin) und Thomas Bohn (Jena) Ostmitteleuropa als Geschichtsregion an; einmal aus mitteleuropäischer, das andere mal aus russischer Perspektive. Die zur Diskussion gestellten Thesen Bohns lauteten, daß Ostmitteleuropa für Rußlandhistoriker zumeist eine „Terra incognita“ darstelle, deren besondere Herausforderung nicht zuletzt darin liege, daß mit der kommenden Osterweiterung der EU die reale Gefahr verbunden sei, daß Rußland nach Eurasien abgedrängt werde, was zu einer Dreiteilung des europäischen Kontinents in den Westen, den Osten und das Territorium der Rußländischen Föderation führe. Demgegenüber forderte Tönsmeier, daß sich die ostmitteleuropäische Geschichte stärker einem komparativen Ansatz öffnen solle, bei dem das Erkenntnisinteresse die Auswahl der adäquaten Methoden und der Vergleichsregionen bedinge.

Im letzten Vortrag des Vormittages sprach Florian Bieber (Budapest) zu „Der Balkan – Konzeptionelle Unschärfen und die wissenschaftliche Bedeutung einer wiederentdeckten Region“. Bieber wies darauf hin, daß seit den kriegerischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien der Balkanbegriff verstärkt Konjunktur erfahre und damit ein Raum beschrieben werde, der – in den Augen der EU-Europäer – zunehmend durch Konflikt und Rückständigkeit definiert und als kaum noch zu Europa zugehörig empfunden werde. Bieber verwahrte sich gegen ein Definitionskriterium „Konflikt“ und wies darauf hin, daß auch Nordirland oder das Baskenland als europäische Konflikte wahrgenommen würden, nicht jedoch als iberischer bzw. als Konflikt der britischen Inseln.

Das erste Referat des Nachmittages hielt Werner Suppanz (Graz). Er analysierte den politischen Diskurs über Osteuropa in Österreich im 20. Jahrhundert. Österreich erscheine in diesem Diskurs zum einen als „Brücke“ nach, andererseits als „Bollwerk“ gegenüber Osteuropa. In jedem Fall sei Osteuropa das „Andere“, das als Maßstab für die Modernität des Eigenen herangezogen werde. Die erste Sektion des Nachmittages beendete Kristin Kopp (Berkeley). In kulturgeschichtlicher Herangehensweise übertrug sie konzeptionelle Kategorien des Kolonialismus auf das

Verhältnis der Deutschen gegenüber den Polen. Sie führte aus, daß ein „klassischer“ weißer Kolonialismus zwar unmöglich erschien, wies aber mit Hilfe der Diskursanalyse nach, daß diese Funktion die Konstruktion des „slawischen Untermenschen“ übernahm. Pointiert schloß sie mit den Worten: „Jede Nation hat den Kipling, den sie verdient. Die deutsche hatte Gustav Freitag.“

Den zweiten Nachmittagsblock eröffnete Dietlind Huechtker (Berlin) mit ihren Ausführungen zur Konstruktion von „Ost“ und „West“ in internationalen Diskussionen um „gender“ und „nation“. Ähnlich wie die Geschlechtergeschichte in der Lage sei, mittels der Dekonstruktion von Begriffen das gängige „Allgemeine“ und „Besondere“ in Frage zu stellen und den Blick für die Vielfalt der Möglichkeiten zu öffnen, habe solches Potential auch die osteuropäische gegenüber der allgemeinen Geschichte. Den Abschluß des Workshops bildeten die Überlegungen von Martin Schulze Wessel (Leipzig) über den Sinn der Osteuropäischen Geschichte heute in wissenschaftspolitischer wie wissenschaftsimmanenter Hinsicht und im Hinblick auf das Zusammenspiel des Faches mit Politik und Öffentlichkeit. Er forderte hochschulpolitisch einen geschützten Ausbildungsgang, da nur dadurch Dilettantismus verhindert werden könne, hinterfragte wissenschaftsimmanent forschungsleitende Zentralkategorien wie „Modernisierung“ oder „bürgerliche Öffentlichkeit“ auch im Hinblick auf die westeuropäische Geschichte und kam zu dem Schluß, daß aus dieser Perspektive vor allem auch die russische Geschichte nicht mehr nur defizitär beschrieben werden könne. Im Hinblick auf Diskussionen in Politik und Öffentlichkeit liege der Vorteil der Osteuropäischen Geschichte darin, daß sie Grenzen nicht vorwegnehme, sondern sie geradezu paradigmatisch unterlaufe.

Eine lebhafte Diskussion entzündete sich zum einen am methodischen Ansatz von Kopp, zum anderen an der Situation des Faches im allgemeinen. Während die Ausführungen von Kopp und die anschließende Diskussion gezeigt haben, wie erfrischend neue Ansätze für die Diskussion und für neue Annäherungen an einen scheinbar altbekannten Gegenstand sein können, drehte sich die allgemeine Diskussion vor allem um die Zukunft des Faches. Der Anspruch auf einen geschützten Ausbildungsgang wurde geteilt, ebenso wie das Potential der Osteuropäischen bzw. der Ostmitteleuropäischen Geschichte herausgestrichen wurde, die im Bereich der allgemeinen (deutschen wie westeuropäischen) Geschichte primär geschriebene Nationalhistorie „subversiv“ zu unterlaufen, da die Überregionalität der Osteuropäischen bzw. Ostmitteleuropäischen Geschichte bereits in ihrer Anlage festgeschrieben sei. Allerdings wurde auch verstärkt problemorientierte, fragegeleitete Forschung gefordert.

Kontroversen entzündeten sich auch an der Frage, ob man an einem einheitlichen Osteuropabegriff festhalten solle, oder ob das Fach nicht bereits dabei sei, in seine Subregionen (besonders in die Geschichte Ostmitteleuropas und Südosteuropas) zu zerfallen. Diskutiert wurde außerdem, wie man der Politisierung, die das Fach seit seinen Anfängen kennzeichne, entkommen könne. Vereinzelt ließen sich Stimmen vernehmen, daß gerade die osteuropäische Geschichte das Potential habe, die allgemeine Geschichte herauszufordern, da hier die Sprachkompetenz für vergleichende Arbeiten ost- und westeuropäischen Regionen vorhanden sei. Die Beobachtung als solche ist sicherlich richtig; die Einlösung steht jedoch noch aus. Insgesamt hat der

Workshop ein hohes Problembewußtsein der beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gezeigt, die sich jenseits der tagesaktuellen Hochschulpolitik mit den Chancen und Gefährdungen der Osteuropäischen Geschichte wie auch ihrer Subregionen auseinandersetzen.

Berlin

Tatjana Tönsmeier